

Herr Strausfeld betont für die CDU-Fraktion, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag nicht um die Absicht handle, eine Biogasanlage zu errichten. Vielmehr stehe die Thematik eines Naturwärmekraftwerks im Fokus, welches beispielsweise durch Hackschnitzel, Landschaftsbegleitgrün oder Straßenbegleitgrün genutzt werden könne. Die CDU-Fraktion befürworte einen Beschlussvorschlag, welcher die Verwaltung beauftrage, eine Grundlagenermittlung zur Abwägung der Vor- und Nachteile einer solchen Anlage durchzuführen sowie die Einstellung von notwendigen Haushaltsmitteln für eine weitergehende gutachterliche Abschätzung in Höhe von 30.000,- € (als beispielhafte Summe) vorzusehen. Auch sollte der Besuch einer bestehenden Anlage in Erwägung gezogen werden.

Herr Jüdes verweist darauf, dass ein solches Projekt auch bereits im Rahmen des Wahlkampfs zur Bürgermeisterwahl 2020 thematisiert worden sei. Der ehemalige Landrat des Rhein-Hunsrück-Kreises (Herr Dr. Bertram Fleck) habe ein solches Projekt in der Biologischen Station vorgestellt. Herr Jüdes befürworte zunächst eine Kontaktaufnahme zu Herrn Fleck sowie eine Grundlagenermittlung durch die Verwaltung, ohne die Auftragsvergabe entsprechender gutachterlicher Leistungen. Die Einstellung finanzieller Mittel sei verfrüht, da man noch keine Aussage darüber treffen könne, ob nach einem Gutachten überhaupt eine Umsetzung in Frage kommen könnte.

Herr Strausfeld bekräftigt die Ansicht der CDU-Fraktion, bereits zum jetzigen Zeitpunkt finanzielle Mittel im Haushalt zu berücksichtigen, um bei Bedarf handlungsfähig für weitere Schritte zu sein.

Frau P. Droppelmann erläutert, dass sie ausschließlich die Nutzung von Straßenbegleitgrün und Laubabfällen in Erwägung ziehen würde. Die Nutzung des Waldes für den Betrieb einer solchen Anlage sei äußerst kritisch zu sehen. Die Wald- und Forstwirtschaft stehe unter enormen Druck und eine Abholzung des Waldes zum Zweck einer solchen Einrichtung dürfe nicht das Ziel sein. Sie verweist in diesem Zusammenhang zudem auf eine beabsichtigte EU-Regelung, die die Wald- und Forstwirtschaft schützen soll. Die dauerhafte wirtschaftliche Nutzungsmöglichkeit einer solchen Anlage sei fraglich.

Frau Kemmler bestätigt die Sichtweise der SPD-Fraktion und befürwortet zunächst eine ausschließliche Grundlagenermittlung durch die Verwaltung. Auf dieser Basis müsse dann beraten werden, ob Haushaltsmittel einzustellen seien.

Herr Trendelkamp verweist auf eine ähnliche Einrichtung in Neubrüchen zwecks möglicher Besichtigung.

Herr Riedel unterstreicht, dass es sinnvoll sei, unterschiedliche Ansätze und Möglichkeiten der Wärmeerzeugung zu prüfen. Hierfür würden zwingend finanzielle Mittel gebraucht. Zudem betont er, dass keineswegs die Fällung von gesunden Bäumen zum Betrieb einer solchen Anlage im Fokus stehen dürfe.

Herr Jüdes führt weiter aus, es sei kritisch zu hinterfragen, Geld für Gutachten auszugeben, ohne abgewogen zu haben, ob eine Umsetzung überhaupt möglich sein könnte. Für eine Umsetzung würden dann zwingend weitere finanzielle Mittel notwendig sein. Ob die Gemeinde Eitorf die Umsetzung einer solchen Anlage initiieren könne, sei gründlich abzuwägen und zu beraten. Vor Beauftragung eines möglichen Gutachtens müsse sich mit dieser Fragestellung beschäftigt werden.

BM Viehof betont, dass es sinnvoll sei, sich beim Rhein-Hunsrück-Kreis informieren zu lassen.

Herr Eckhardt gibt zu verstehen, dass insbesondere klassische Biogasanlagen, welche hauptsächlich mit Viehfutter betrieben würden, kritisch zu sehen seien.

Vorsitzender Grendel hält fest, dass Konsens darüber bestehe, eine Grundlagenermittlung durch die Verwaltung ohne finanzielle Mittel durchführen zu lassen. Fraglich sei, ob bereits ein Beschlussvorschlag zur Einstellung finanzieller Mittel in den Haushalt mehrheitsfähig sei.

BM Viehof schlägt vor, einen Beschluss zur Grundlagenermittlung durch die Verwaltung zu fassen. Eine Beratung über die Berücksichtigung möglicher Haushaltsmittel könne im Rahmen der Haushaltsberatungen mit den Fraktionen und dem Kämmerer erfolgen. Eine Beschlussempfehlung durch den Ausschuss bedürfe es hierzu nicht unbedingt.

Herr Strausfeld bemängelt die Bereitschaft des Ausschusses, bereits eine Beschlussempfehlung zur Berücksichtigung von Haushaltsmitteln zu fassen. Er ändere aber dementsprechend den Beschlussvorschlag der CDU und bittet um Beschlussfassung zur zwingenden Einbindung dieser Thematik in die Haushaltsberatungen.

Vorsitzender Grendel fasst den Beschlussvorschlag wie folgt zusammen.